

FOLGEN FÜR TRAUMATISIERTE GEFLÜCHTETE

WAS PLANT DIE BUNDESREGIERUNG?

60 % der Finanzierung für die Unterstützung traumatisierter Geflüchteter sollen gekürzt werden.

Inmitten einer der schwersten Menschenrechtskrisen unserer Zeit sollen 2024 nur noch 7 Millionen € für mehr als 47 Psychosoziale Zentren ausgegeben werden.

4,1 %

der in Deutschland potentiell behandlungsbedürftigen Personen werden aktuell durch die PSZ versorgt.

Sie sind in ihren Regionen die einzigen Anlaufstellen, an die sich Überlebende von Folter, Krieg und schwerer Gewalt wenden können.

AUF WELCHE SITUATION TREFFEN DIE KÜRZUNGEN?

7,2 Monate

warten Geflüchtete aktuell auf einen Therapieplatz.

WAS DROHT JETZT?

- Traumatisierte Geflüchtete verlieren ihren einzigen Zugang zu überlebensnotwendiger psychosozialer und therapeutischer Hilfe.
- Ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich - Erkrankungen chronifizieren.
- Unversorgte Krisensituationen nehmen zu und müssen in Kliniken behandelt werden.
- Fachkräfte müssen entlassen werden - Einrichtungen droht die Insolvenz.
- Bildungs- und Berufsperspektiven der Schutzsuchenden werden zerstört.

FOLGEN FÜR TRAUMATISIERTE GEFLÜCHTETE

WARUM IST DER BUND ZUSTÄNDIG? WAS WÄREN ALTERNATIVEN?

Das Gesundheitssystem?



Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) können Psychotherapiepraxen diese Patient*innen-Gruppe nicht geregelt abrechnen.



Therapeut*innen sind mit der Brutalität der Gewalterfahrungen überfordert.



Es gibt entgegen der Versprechungen im Koalitionsvertrag bis heute keine Möglichkeit zur Finanzierung von Sprachmittlungskosten.

Die EU?

EU-Mittel zur Versorgung Geflüchteter werden vom BAMF verwaltet.



Die Behörde hätte diese Förderung 2021 ausschreiben müssen - tat dies aber erst ein Jahr später im August 2022.



Die PSZ warten bis heute – 2 Jahre später - auf die Bewilligungen und können währenddessen keine Therapien über diesen Fonds durchführen.

Die Bundesländer?



Nach UN- und Europäischem Recht steht Geflüchteten psychosoziale Versorgung zu. Aber die Bundesregierung hat es versäumt, z.B. die EU-Aufnahmerichtlinie in nationales Gesetz umzusetzen.



Auf Länderebene ist deshalb ein Flickenteppich entstanden, auf dem traumatisierte Geflüchtete nicht systematisch erkannt und versorgt werden können.



WAS BRAUCHT ES JETZT?

Eine finanzielle Absicherung der psychosozialen Zentren und ihrer Fachkräfte. Wie es der Koalitionsvertrag vorsieht.